

desländer auf wirkliche Strukturveränderungen zurückzuführen waren, so daß man, glaube ich, einen Fehler begehen würde, diese Evaluierung und Hochschulerneuerung zentral als einen politischen Akt oder eine Abrechnung mit dem DDR-Regime qualifizieren zu wollen. Dies war nicht der Fall, es hat keine Hexenjagd stattgefunden, es hat keine politischen Säuberungen im eigentlichen Sinne gegeben, jedenfalls nicht auf breiter Front. Die Ehrenkommissionen waren übrigens im wesentlichen durch Ostmitarbeiter besetzt. Was in dieser Hochschulerneuerung geschehen ist, war im wesentlichen die Anpassung der ostdeutschen Hochschullandschaft an die Strukturbedingungen des vorgegebenen westlichen Systems. Das war allerdings in der Tat eine politische Grundentscheidung, und die Angehörigen der Universitäten, ob West oder Ost, hatten sich diesen Grundbedingungen zu fügen. (Beifall)

Stellvertretender Vorsitzender Siegfried Vergin: Auch Ihnen herzlichen Dank, Herr Professor Görtemaker. Wir kommen jetzt zu dem Teil Podiumsgespräch/Expertenbefragung zu den beiden Referaten. Wir haben also hier keine allgemeine Besprechung mit den beiden Referenten, sondern wir werden diese ergänzen um die Herren Professor Dr. Michael Beintker aus Münster, Dr. Ulrich Fickel, Professor Dr. Gerhard A. Ritter, Dr. Armin Mitter und Dr. Rainer Benndorf. Die Gesprächsleitung hat Professor Dr. Peter Maser.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Meine Damen und Herren, wenn wir uns am Vormittag dieser Anhörung zunächst noch sehr stark der Vergangenheit zugewandt haben, sind wir jetzt im Begriff, uns der unmittelbaren Vergangenheit und hoffentlich in dieser Podiumsrunde auch der Zukunft zuzuwenden. Ich möchte zunächst die Teilnehmer an diesem Podium kurz vorstellen, bevor ich dann in der alphabetischen Reihenfolge, so, wie ich auch die Vorstellung mache, die Teilnehmer an dem Podium um kurze Statements bitte.

Ich beginne mit Professor Michael Beintker, Geburtsjahrgang 1947, Theologe, promoviert in Halle, zunächst wissenschaftlicher Mitarbeiter in Halle, danach dort Dozent, 1984 Habilitation in Halle, 1990 Berufung auf eine systematische Professur in Halle, von 1991 bis 1992 – also in schwierigen Zeiten – Prorektor für Geisteswissenschaften der Universität Halle, 1992 Berufung nach Münster und dort jetzt Universitätsprofessor für Reformierte Theologie. – Der Zweite in der Runde ist Dr. Rainer Benndorf, Geburtsjahrgang 1950, Abitur in Plauen, Biowissenschaftler, Forschungsstudium in Halle, dann Promotion 1978, danach Aufenthalt für zwei Jahre an der Akademie der Wissenschaften in Ungarn im Rahmen eines internationalen Trainingsprogramms, von 1981 bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR und seit 1992 nun wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin. – Der Dritte, Dr. Ulrich Fickel, Geburtsjahrgang 1941, Lehrer, 1970 außerordentlicher Dozent für Anorganische Chemie an der Pädagogischen Hochschule Mühlhausen/Thüringen, von 1990 bis 1994 Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Thüringen und seit 1990 stellvertretender Landesvorsitzender der F.D.P.. – Schließlich Professor Dr. Dr. h.c.

Gerhard A. Ritter, geboren 1929, von 1962 bis 1965 Professor für Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin, dann Professor für Neuere Geschichte an der Universität Münster bis 1974, von 1974 bis 1994 Ordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Universität München, Mitglied des Senats und des Hauptausschusses der Deutschen Forschungsgemeinschaft, von 1976 bis 1980 Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschlands, von 1991 bis 1992 Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission für Geschichte und Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. – Dr. Armin Mitter ist sozusagen „Alt-Mitglied“ in Sachen Enquete-Kommission; er war tätiges Mitglied der ersten Enquete-Kommission für die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Berliner Historiker, tätig im Unabhängigen Historikerverband.

Wie gesagt – das Thema ist ebenso wie bei den Vorträgen von Herrn Neidhardt und Herrn Görtemaker immer noch Evaluierung und selbstverständlich auch Hochschulerneuerung. Ich würde gern diesen Gesichtspunkt mit ins Blickfeld rücken – Hochschulerneuerung eben auch in der zukünftigen Perspektive. Als ersten möchte ich Herrn Beintker um seinen Beitrag bitten.

Prof. Dr. Michael Beintker: Wer die Hochschulerneuerung als aktiver Insider miterlebt und mitgestaltet hat, blickt heute auf rasante, konfliktreiche und emotional aufwühlende Abläufe zurück. Ich kann also nicht ganz so ruhig berichten wie meine Vorredner.

Drei Aufgaben mußten gleichzeitig in Angriff genommen und möglichst umfassend gelöst werden: erstens die Überwindung der universitären Fehlentwicklungen und Deformationen der DDR-Zeit, zweitens die Entwicklung zukunftsfähiger Hochschulstrukturen und neuer Ausbildungs- und Forschungsprofile und drittens die kontinuierliche Weiterführung des kompletten Universitätsbetriebs unter den komplizierten Bedingungen starker Personalfluktuationen und unsicherer Lehrressourcen. Handlungsspielräume, die eine geduldige sach- und menschengerechte Konzeptualisierung eigenständiger, neuer Wege ermöglicht hätten, bestanden fast nicht, zumal jedes der drei genannten Aufgabenfelder schon für sich eine überdurchschnittliche Leistungskraft erforderte. Das Verfahren ähnelte dem Versuch, einem Automobil bei voller Fahrt Räder und Motorkolben zu wechseln – ohne anhalten zu dürfen. Die Beratung durch Sachverständige und Gründungsbeauftragte aus den alten Ländern ist in dieser Situation nicht als Fremdbestimmung, sondern als unentbehrliche, kooperative Hilfe empfunden worden.

Vor allem haben nicht nur die Privatdozenten, sondern auch die Studierenden von der Hochschulerneuerung profitiert. Die Studierenden dürften sogar die eigentlichen Gewinner sein, obwohl gerade sie zwischen 1990 und 1992 zu den oft lautstarken Kritikern der Entwicklung gehört hatten. Sie können heute in der Regel an großemäßig überschaubaren Fachbereichen mit günstigen Betreuungsmöglichkeiten studieren, und sie treffen auf überwiegend gut motivierte,

engagierte Hochschullehrer. Sie finden inzwischen ansehnliche Bibliotheken vor. Ich würde auch sagen, daß der Hochschulalltag durchaus aufbruchbestimmt wirkt. Solche Vorzüge wiegen offenkundige Mängel im baulichen Zustand und im apparativen Ausstattungsgrad der Hochschulen auf. Im Vergleich zu den westdeutschen Großuniversitäten dürften die neuen Länder inzwischen über Hochschulen verfügen, an denen man gut studieren kann. Besonders günstig stellt sich die Lage in denjenigen Fächern dar, in denen nach der Abwicklung 1990/91 unverzüglich mit dem kompletten Neuaufbau begonnen werden konnte.

Im Blick auf die Frage nach Versäumnissen und Fehlentwicklungen möchte ich folgende Probleme unterstreichen (einiges ist schon gesagt worden, vor allem von Herrn Neidhardt):

1. Der Handlungs- und Entscheidungsdruck führte weitgehend zur Einpassung der ostdeutschen Hochschulverhältnisse in die westdeutsche Universitätsrealität mit deren Vorzügen wie mit deren reformwürdigen Mängeln. Er ließ eine weiträumige, innovative Perspektivplanung nicht zu, so daß sich die Hoffnung auf einen gesamtdeutschen akademischen Reformimpuls nicht erfüllt hat.
2. Nicht selten konzentrierte sich das Nachdenken über die Hochschulerneuerung zu einseitig auf den unumgänglichen Austausch ehemals systemtragender Universitätskader. Die Erneuerungsgruppen an den Hochschulen maßen den Erfolg des Transformationsprozesses vor allem an den Fortschritten beim Personalumbau. Ich rede also aus der Innenperspektive, und dort war das so. Daneben fanden strukturelle und konzeptionelle Aufgaben oft nicht die ihnen zustehende Aufmerksamkeit.
3. Im Unterschied zur fachlichen Evaluation der Hochschulangehörigen, die aufgrund wissenschaftsbezogener Leistungskriterien objektivierbar und deshalb auch verhältnismäßig erfolgreich gewesen ist, litt die Überprüfung der persönlichen Eignung trotz förmlicher rechtsstaatlicher Regularien unter erheblichen Beurteilungsunsicherheiten, divergierenden Rechtsauslegungen und dadurch bedingten Verfahrensmängeln. Die damit verbundene Tragik darf nicht unterschätzt werden, und ich wundere mich, wie Sie zu den 10 Prozent kommen; das ist wahrscheinlich eine Zahl, bei der jeder Mitarbeiter der Hochschule gerechnet wird. In Halle z. B. schwanken die Entlassungen im Lehrkörper zwischen 40 Prozent bei den Naturwissenschaften und 60 Prozent bei den Geisteswissenschaften. Es ergeben sich also im Schichtungsbereich der Hochschule ganz andere Relationen, als wenn man jetzt einfach von der Gesamtbilanz ausgeht. Es sind immer Menschenschicksale, die dahinter stehen, und deswegen möchte ich doch deutlich auf die damit verbundene Tragik aufmerksam gemacht haben.

4. Der Wiedergutmachung – das haben wir schon gehört – waren zumeist strukturelle Grenzen gesetzt. In vielen Fällen kam man über eine öffentlich-symbolische Rehabilitierung nicht hinaus.
5. Es war nicht zu vermeiden, daß persönlich und fachlich positiv evaluierte Hochschulangehörige später eine Kündigung mangels Bedarfs erhielten bzw. auf nachgeordnete Stellen umgesetzt werden mußten. Besonders hart betroffen war der akademische Mittelbau. Chancenlos wurden vor allem die Älteren über 45 Jahre und ein erheblicher Teil der Akademikerinnen.
6. Schließlich wollte ich auch noch auf das Problem der Integration von Wissenschaftlern aus der Akademieforschung aufmerksam gemacht haben, aber das ist schon gesagt worden.

Nach meiner Perspektive wird die weitere Entwicklung wesentlich von folgenden Voraussetzungen abhängen:

1. daß die Hochschulen in den neuen Ländern im heutigen Umfang finanzierbar bleiben,
2. daß sich die Hochschullehrer über die Fächergrenzen hinweg auf die Förderung des Wissenschafts- und Studienprofils „ihrer“ Universität verstehen,
3. daß die Vorzüge der kleineren Hochschulen nach erfolgter Konsolidierung sehr entschlossen für neue Konzepte genutzt werden.

Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Nachdem wir bisher Pädagogen, Historiker und nun also auch einen Theologen gehört haben, gehen wir nun zu zwei Naturwissenschaftlern über, die gewiß auch ihr eigenes Bild hier einzu- bringen haben. Zunächst bitte ich Herrn Dr. Benndorf.

Dr. Rainer Benndorf: Ich gehöre zum akademischen Mittelbau, habe lange Jahre an der Akademie der Wissenschaften gearbeitet. Bei mir droht jetzt die „Entsorgung“, und naturgemäß kann ich auch nicht so distanziert über diese Angelegenheit reden.

Über die problematischen Seiten der Akademie wurde schon gesprochen. Ich möchte dazu sagen, trotz dieser Einschränkungen haben wir uns bemüht, solide Arbeit zu leisten, und dies ist auch in weiten Teilen gelungen. Die Akademie der Wissenschaften hatte aber auch ein anderes Gesicht. Sie wurde ein Zufluchtsort für Querdenker, die an Universitäten aus ideologischen Gründen nicht mehr geduldet wurden. Bekannte Bürgerrechtler wie Jens Reich und Sebastian Pflugbeil standen in Berlin-Buch über viele Jahre in Lohn und Brot. Wie ich selbst erlebt habe, war sogar ein gravierender Tatbestand wie Wehrdienstverweigerung mit keinerlei negativen Folgen verbunden und wurde vom staatlichen Leiter quasi mitgetragen. Die ideologischen Verwerfungen der DDR spielten in vielen Gruppen nur eine untergeordnete Rolle. Die Ursache war, daß es einigen Akademiemitgliedern im Laufe der Jahre gelungen war,

sich einen Freiraum zu schaffen, der von der SED respektiert wurde. Diese Art von Elfenbeinturm oder Nische bewirkte dann Erstaunliches: ein stabiles Kollektiv mit intensiver Arbeitsatmosphäre ohne Existenzangst und Profilierungszwang.

Die Wende wurde von vielen „Buchern“ mitgetragen und aktiv gestaltet, zumeist im „Neuen Forum“, dann in anderen Gruppen und Parteien. Es war schon eine tragische Wendung, daß ihre Institution laut Einigungsvertrag abzuwickeln war. Es gab in Buch im Frühjahr 1990 die sogenannte „Bucher Initiative“, ein medizinisch-biologisches Großforschungszentrum zu gründen. Diese Konzeption wurde von einem internationalen Gutachtergremium positiv bewertet, ebenso wie auch die wissenschaftlichen Leistungen in Buch. Der Wissenschaftsrat hat ebenfalls festgestellt, daß in Buch ein solches Zentrum gegründet werden sollte. Allerdings hat der Wissenschaftsrat dennoch klar gesagt, daß die „Bucher Initiative“ nicht gefördert wird. Es bleibt der Verdacht, daß aus politischen Gründen nivelliert werden sollte, was aus der Kraft der Bucher Institute entstanden war. So wurde dann zum 1. Januar 1992 das Centrum für Molekulare Medizin (später Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin – MDC) als Großforschungseinrichtung ohne nennenswerte Mitwirkung der Bucher Mitarbeiter gegründet.

Ich habe die Evaluierung persönlich in netter Weise erlebt. Über die Arbeiten, die wir in der Gruppe gemacht haben, war dann allerdings ein negatives Urteil zu lesen: randständig, nicht förderungswürdig. Zwei Jahre später haben wir für dieselben Arbeiten den Gerhard-Domagk-Preis für Krebsforschung bekommen. Diese Arbeiten – das muß ich dazu sagen – mußten trotz des negativen Urteils glücklicherweise nicht abgebrochen werden, vielmehr ergab sich die Möglichkeit, sie bis zum heutigen Tag fortzusetzen.

1991 gab es in Buch ungefähr 400 Haushaltsstellen. Mit seiner Gründung erhielt das MDC 99 Haushaltsstellen, die aus einer einheitsbedingten Übergangsförderung, dem Verstärkungsfonds, stammten. Dieser Fonds läuft 1996 ersatzlos aus, und im nächsten Jahr werden also lediglich 25 „Alt-Bucher“ noch Haushaltsstellen innehaben.

Von 1992 an wurde dann eine große Zahl von hervorragenden Arbeitsgruppen aus den Alt-Bundesländern gewonnen, nach Buch überzusiedeln. Ein Abschnitt unbeschwertem Arbeitens sowie der Ost-West-Integration hätte beginnen können, zumal das MDC in der Folgezeit großzügige Zuwendungen für die Anschaffung dringend benötigter Geräte usw. erhielt und die materiellen Defizite beseitigt wurden. Leider kam es anders, und bei kaum einem der verbliebenen „Alt-Bucher“ Wissenschaftler herrscht Freude über die neuen Verhältnisse, hauptsächlich wegen der fehlenden Perspektive. Dies versuche ich im Schlußteil zu erläutern.

Die einzige Möglichkeit, weiterbeschäftigt zu werden, wurde kürzlich zwischen dem Vorstand des MDC und der Deutschen Forschungsgemeinschaft

(DFG) ausgehandelt. Bucher Wissenschaftler können sich über Drittmittelprojekte selbst finanzieren. Es ist ein Rahmen von vielleicht 15 bis 20 Stellen vorgegeben. Sie müssen sich dazu einen berufenen Paten suchen und diesen bitten, gemeinsam oder stellvertretend ein Projekt bei der DFG einzureichen. Abgesehen von der unzureichenden Zahl sind die Modalitäten so, daß es zwangsläufig zu einer Ausdünnung der „Alt-Bucher“ kommt. Drittmittelprojekte haben eine hohe Ablehnungsquote, und eine erfolgte Ablehnung bedeutet praktisch das Aus. Wer die erste Runde übersteht, läuft nach zwei Jahren Gefahr, in der zweiten Runde aussortiert zu werden. Nach wenigen Jahren dürfte kaum noch ein „Alt-Bucher“ am MDC beschäftigt sein. Und daß mit zunehmendem Alter die Chancen einer Neubewerbung oder beruflicher Umorientierung sinken, kann vorausgesetzt werden.

So begrüßenswert es ist, daß es diese Möglichkeit gibt, ist sie dennoch problematisch. Ob sich ein Berufener bereit findet, seinen Namen für ein ihm ansonsten fremdes Vorhaben herzugeben, ist in sein Ermessen gestellt und kann auch von anderen als wissenschaftlichen Faktoren bestimmt werden. Die „Alt-Bucher“ geraten in die Situation von Bittstellern, deren Projekte gefördert werden können oder nicht, und ein Arbeitsverhältnis wird quasi zum Gnadenakt. Daher halten manche diesen Weg für unwürdig, und gleichaltrigen Wissenschaftlern in den Alt-Bundesländern wird er so als Dauerlösung meines Wissens nicht zugemutet.

Ich sehe zwei größere Probleme bei der Übertragung des Wissenschaftssystems der alten Bundesrepublik, beide wurden bereits genannt. Das größte ist ein strukturelles Problem; es geht um den Mittelbau, ich gehe darauf nicht noch einmal ein. Vielleicht nur so viel: Das sind Leute, die in den seltensten Fällen habilitiert haben, keine Drittmittelgruppen um sich aufgebaut haben, keine weltumspannenden internationalen Beziehungen entwickeln konnten und keine Professur anstrebten, weil dies aufgrund der Rahmenbedingungen im Utopischen angesiedelt war. Mit westlichen Maßstäben gemessen sind das also Leute, die sich nicht durchgesetzt haben und die aussortiert werden sollten, und im westlichen System gibt es denn auch kaum Platz für diesen Mittelbau. Der zweite Punkt sind die verschiedenen Biographien – ich erwähnte die Nischeneexistenz als Ursache dafür, daß viele „Alt-Bucher“ dem jetzigen Wissenschaftssystem nicht gewachsen sind. Es ist ein harter Kampf entbrannt um Geld, Drittmittelstellen, Publikationen, Impact-Faktor-Punkte, Zugehörigkeit zu Interessengruppen und Insiderwissen. Um sich hier durchsetzen zu können, fehlen Bürgern der neuen Bundesländer oft taktisches Geschick, Härte, Beziehungen und die Fähigkeit, sich zu präsentieren.

Im letzten Teil möchte ich die Befindlichkeiten der „Alt-Bucher“ zusammenfassen sowie Forderungen an die Politik nennen:

Uns wurde ein System übergestülpt, das wir uns nicht ausgesucht haben, das uns in mancher Hinsicht problematisch erscheint und in das wir uns nur schlecht einfügen. Unter diesen Umständen sind viele „Alt-Bucher“ der Mei-

nung, daß der Aufschwung Ost in der Wissenschaft weitgehend ohne sie stattfindet und daß hauptsächlich die zugezogenen „Neu-Bucher“ davon profitieren. Es besteht der Verdacht, daß die Verhältnisse so geschaffen wurden, um die „Alt-Bucher“ möglichst geräuschlos zu „entsorgen“. Entsprechend verbittert ist die Stimmung. Die Mehrzahl der verbliebenen „Alt-Bucher“ sieht für sich keine Perspektive in der Wissenschaft, weder am MDC noch anderswo. Und es ist schon fatal, wieder einen Grad an Fremdbestimmung und Ohnmacht erfahren zu müssen, der an die Zeit vor 1989 erinnert. Als verschärfender Faktor kommt heute der drohende soziale Abstieg hinzu, und Abhilfe ist nicht in Sicht. Bedenklich ist auch, daß wohl die meisten „Alt-Bucher“ sich von allen in Bonn und Berlin regierenden Parteien verlassen vorkommen.

So sehr am MDC und in den neuen Bundesländern Integration und Durchmischung der Wissenschaft und der Wissenschaftler notwendig und zu begrüßen sind, so darf es meiner Meinung nach doch dabei zu keiner Verdrängung der Wissenschaftler aus den neuen Bundesländern kommen. Aber genau dieser Prozeß hat eingesetzt und wird sich beschleunigen, wenn die Dinge dem Selbstlauf überlassen werden. Eine Konkurrenz unter westlichen Vorzeichen wird zwangsläufig dazu führen, daß in Buch kaum noch „Alt-Bucher“ im wissenschaftlichen Bereich beschäftigt sein werden, und das ist meiner Ansicht nach ein unnötiges Konfliktfeld zwischen Ost und West.

Was ist zu tun? Ich denke, hier müßte die Politik eingreifen. Man könnte für Einrichtungen, die auf dem Gebiet der neuen Bundesländer liegen, den Anteil der Bürger der neuen Bundesländer auf vielleicht 60 Prozent festschreiben. Das wäre kostenneutral, und ich meine, man müßte auch darüber nachdenken, das strukturelle Problem zu lösen und eine Perspektive für den Mittelbau schaffen. Ich erinnere daran, daß es eine große Differenz zwischen der Zahl der Wissenschaftler pro 100.000 Einwohner zwischen den alten und den neuen Bundesländern gibt – es sind 433 in den alten und ganze 118 in den neuen Bundesländern. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Damit sind wir nun in der Gegenwart und auch ein Stück in der Zukunft schon sehr kräftig angekommen. Der Dritte in der Runde, ebenfalls Naturwissenschaftler, ist Herr Dr. Fickel.

Dr. Ulrich Fickel: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte natürlich nicht als Naturwissenschaftler sprechen, sondern als politisch Verantwortlicher der Jahre 1990 bis 1994 im Land, oder wie es heute heißt, im Freistaat Thüringen, und ich möchte auch kein geschlossenes Statement abgeben, weil vieles schon gesagt wurde, was Wiederholungen einfach nicht nötig macht.

Ich möchte ausdrücklich nichts zur Akademie – diese Probleme haben wir in Thüringen auch gehabt – sagen, weil das Thema des Podiums „Evaluation und Hochschulerneuerung“ heißt. Das Problem der sogenannten außerunivers-

sitären Forschung in der ehemaligen DDR, in den heutigen neuen Bundesländern, ist ein Thema ganz für sich allein und wert, sehr genau durchleuchtet zu werden; ich möchte Ihnen da ausdrücklich recht geben. Aber jetzt zur Hochschule:

Ich möchte als erstes aus der Sicht meiner Erfahrung sagen, daß die friedlichen Veränderungen im Herbst 1989 in der ehemaligen DDR im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Umwälzungen in der deutschen Geschichte kaum von den Hochschulen ausgingen – eine erste, für mich ganz entscheidende Feststellung. Ich möchte aber als zweites festhalten, daß sich danach allerdings – ich meine, so mit dem Frühjahr 1990 – viele Hochschullehrer, Studenten und Mitarbeiter mit aller Kraft an der Neugestaltung der Hochschulen beteiligt haben. Wenn ich dies sage, muß ich gleichzeitig anfügen, daß bei einem bestimmten Teil der Hochschulangehörigen bei der Erneuerung und Evaluierung beträchtliche Widerstände überwunden werden mußten. Dies formuliere ich ausdrücklich zurückhaltend. Ich weiß, wovon ich spreche – Besetzung eines Ministeriums über Nacht und ähnliche Geschichten habe ich alles erlebt. Das Ganze, diese Hochschulerneuerung, war nur lösbar, weil alle im Thüringer Landtag vertretenen Parteien – und ich bin sicher, das gilt für die anderen ostdeutschen Landtage ganz genauso – parteiübergreifend sich diesem Ziel gebeugt oder an diesem Ziel ganz engagiert mitgearbeitet haben. Es gab hier keine Abstimmungsprobleme im Sinne der inhaltlichen Abstimmung und im Sinne des Handhochnehmens im Landtag zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien; das war eine angenehme Arbeit, wenn man einen Landtag mehrheitlich hinter sich wußte. Die PDS hat sich in der Evaluierungskommission auch beteiligt – das muß ich ausdrücklich sagen –, sie hat sich im Landtag verbal votierend nicht dagegen geäußert. Diese Formulierung – wenn Sie sich das richtig überlegen – bedeutet nicht, daß sie dem zugestimmt hat, sie hat sich jedoch nicht negierend geäußert, und in der Evaluierungskommission hat sie mitgearbeitet.

Mit scheint nochmals eine gewisse Klarstellung zu den Abläufen nötig zu sein, weil ein Prozeß, der ganz entscheidend war, bei den Vorrednern, den beiden Herren Professoren, bislang etwas vernachlässigt wurde, das war nämlich die Abwicklung. Die Abwicklung erfolgte nach Einigungsvertrag Artikel 13 Absatz 1, und zwar auf Beschluß der Landesregierungen, und das mußte bis zum 31. Dezember 1990 geschehen sein. Da konnten effektiv Landtage noch nicht mit entscheiden – ich bedaure das –, aber es war objektiv nicht möglich. Diese Abwicklungsbeschlüsse waren faktisch in den neuen Ländern einheitlich, denn es gab eine Absprache zwischen den Ministern – nicht zwischen den Ministerien. Herr Neidhardt, sie haben das untertrieben, als Sie gesagt haben: keine arbeitsfähigen Landesverwaltungen. Ich erzähle an dieser Stelle immer die Geschichte, daß Mitte November, als ich einen Stuhl und einen Tisch bekam, das Ministerium aus etwa 15 Mitarbeitern bestand. Damals spielte es übrigens auch gar keine Rolle, welcher Partei diese angehörten, sie waren am Runden Tisch der Erneuerung, und es waren auch sehr viele Leute aus den Bürgerbe-

wegungen an dieser Stelle mit beteiligt – grundsätzlich. Und diese Landesregierung sollte in kürzester Zeit solche Aufgaben lösen. Im Nachhinein muß ich sagen, es ist ein Wunder, daß es so gut gelaufen ist, bei allen Mängeln, die ich absolut sehe. Diese Abwicklungsbeschlüsse also zum 31.12.1990 wurden in Thüringen gefaßt, und es wurde einheitlich festgelegt: Die ehemaligen Sektionen ML und deren Nachfolgeeinrichtungen – ich lege auch immer Wert auf die Feststellung der Nachfolgeeinrichtungen, das hatte nämlich Sinn und Verstand, warum wir das formuliert hatten –, also ML, die Historiker, die Staats- und Rechtswissenschaften, die Wirtschaftswissenschaften, das war der große Komplex, wurden abgewickelt. Was mit abgewickelt wurde und im Nachhinein ein Problem der ostdeutschen Hochschulstrukturen ist, das sind auch Einrichtungen gewesen, die eigentlich einer deutschen Hochschule ganz gut zu Gesicht gestanden hätten, das war der Sport, das waren die Sprachausbildung und ähnliche Dinge, die sind alle an dieser Stelle mit gestorben, das muß einfach so festgestellt werden. Dieser Abwicklungsbeschluß betraf in der Konsequenz auch das Personal aus diesen Sektionen oder deren nominellen Nachfolgeeinrichtungen – also an der Universität in Jena gab es eine Sektion Marxismus-Leninismus und später ein „Institut für vergleichende Ideengeschichte“. (Heiterkeit) Damit will ich deutlich machen, warum wir das so gemacht haben. Das war also der erste entscheidende Schritt.

Zur Frage der MfS-Mitarbeiter: Wir haben im Februar/März 1990 50 Überprüfungsanträge aus jeder Hochschule – übrigens im Einvernehmen mit den Betroffenen, sonst ging es ja gar nicht – bei der Gauck-Behörde, von der ich nicht weiß, ob sie damals schon so hieß, eingereicht, und es hat – das ist keine Kritik an der Gauck-Behörde, das ist objektive Realität – Monate und teilweise Jahre gedauert, bis wir Ergebnisse bekamen. Es war überhaupt nicht ungewöhnlich, daß Leute, die scheinbar positiv evaluiert wurden, plötzlich noch einen negativen Gauck-Bescheid bekamen und daß dann doch noch eine Personalmaßnahme getroffen wurde. Das ist keine Kritik an der Gauck-Behörde, das ist objektiv so gewesen. Mittlerweise sind die Mitarbeiter natürlich beinahe alle durchgecheckt.

Zu einem weiteren Problem, auf das ich hinweisen möchte: Die Personalkommissionen benötigten einen Rechtsstatus, und den mußten die Landtage schaffen. Die Landtage waren erst im Februar/März 1991 so weit arbeitsfähig, daß die unterschiedlichen Landesgesetze – wir hatten beispielsweise eine Rechtsverordnung im Sinne eines Gesetzes erst im Frühjahr – im April/Mai 1991 in Kraft gesetzt wurden. Ich bin im nachhinein dankbar – ich sagte es vorhin schon –, daß in jeder Personalkommission ein Mitglied des Landtages war, außerdem Vertreter der Kirchen, Bürger, die an der Auflösung des MfS beteiligt waren, sowie Angehörige der betroffenen Hochschulen, und zwar nachdem sie von den Hochschulen gewählt worden waren. Das Ergebnis kann man so und so werten. Ich möchte einen Punkt, der vorhin genannt worden ist, durch Zahlen ergänzen; ich hätte Ihnen da ausdrücklich zugestimmt, Herr Görtemaker: Zwischen Oktober 1989 und Frühjahr 1990 – das war der erste Zeitpunkt,

zu dem die Landesregierung überhaupt eine Personalerfassung vornehmen konnte – fehlten etwa 400 Mitarbeiter. Die waren verschwunden, und ich glaube, das waren zum Großteil nicht solche, die hätten bleiben dürfen. Das sollte man bei dieser ganzen Evaluierung mit sehen.

Eine Bemerkung zur fachlichen Seite: Ich erkläre ausdrücklich und ich stehe dazu, daß es unser politisches Ziel gewesen ist, in abgewickelten und später neugegründeten Fachbereichen und Fakultäten Westdeutschen und Ostdeutschen in üblichen Berufungsverfahren ihre Chance zu geben, daß es aber auch unser erklärtes politisches Ziel war, in diesen Fachbereichen den Ostdeutschen eine betont bessere Chance als den Westdeutschen zu geben. Wir haben nämlich erst dann öffentlich ausgeschrieben, wenn nach Prüfung durch die Personalkommission und eine offizielle Berufungskommission, die aus Ost- und Westdeutschen bestand, für die Stelle kein geeigneter Bewerber aus den neuen Ländern gefunden werden konnte; dann wurde deutschlandweit ausgeschrieben. Für mich ganz persönlich ist die Evaluierung und Hochschulerneuerung nur dann gelungen, wenn auch Ostdeutsche in der Lage sind, die Hochschulen jetzt anständig zu leiten und zu führen. Und wenn die neugewählte Vorsitzende des Wissenschaftsrates jetzt aus einer Thüringer Universität kommt – und ich bin sicher, sie wird ihr Geschäft gut betreiben –, dann halte ich auch das für ein Zeichen einer erfolgreichen Hochschulerneuerung, denn die Dame hatte keine reelle Chance, Professorin in der ehemaligen DDR zu werden

Insofern ist vieles, was in das politische und strukturelle Umfeld gehört, erfolgreich. Keine goldenen oder roten Teppiche sind auszubreiten, keine Glorioten zum Leuchten zu bringen, nur meine ich, gemessen an anderen Problemen im deutschen Einigungsprozeß ist das Hochschulproblem noch relativ erfolgreich gelöst worden. Das ist meine feste Überzeugung, und die Zahl der Studierenden beweist dies. Wir haben nach etwa 14.000 Studierenden im Jahre 1989 heute 25.000. Lassen Sie mich noch eine Zahl zu den Professoren nennen, weil vorhin gesagt wurde, es erfolgte ein Abbau. Es gab 1989 808 C-4- und C-3-Stellen (das heißt, es gab diese ja so nicht, es gab ordentliche und außerordentliche Professoren bzw. entsprechende Hochschullehrerstellen), und es gibt jetzt 895 C-4- und C-3-Stellen; da sind die Fachhochschulen dabei. Das ist kein Abbau. Aber bedenken Sie bitte – in der ehemaligen DDR waren fast 50 Prozent der wissenschaftlichen Kapazität in Berlin und Sachsen konzentriert. Es gibt hier „wissenschaftliche Entwicklungsländer“ an der Ostsee und im Süden. Wir gehören zu diesen „Entwicklungsländern“, und deshalb haben wir natürlich alles versucht, hier den Abbau in Grenzen zu halten.

Beim Mittelbau – das soll meine letzte Bemerkung sein, da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu – hätte es eine Chance gegeben, eine Erfahrung der DDR zu nutzen, zumal mancher „Mittelbauer“ mehr Vorlesungen halten mußte als der Ordinarius, der grade mal weg war, und meist waren solche weg, die Reisekader waren. Diese Reisekader hatten anschließend die beste Lobby in den alten Ländern – darüber sollte man ernsthaft nachdenken. Auch da weiß ich, wovon

ich rede – welche Schwierigkeiten mir bereitet wurden, solche Reiskader aus den Hochschulen herauszunehmen, welche Klagelieder aus den alten Bundesländern dann angestimmt wurden. Das ist eine Geschichte von Seilschaften, die viel schwerer zu beseitigen waren als die hier in den neuen Bundesländern. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Das Wort hat jetzt Dr. Armin Mitter.

Dr. Armin Mitter: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich möchte Sie auch nicht allzulange mit meinen Ausführungen und vor allen Dingen mit Wiederholungen langweilen. Ich kann vielem, was meine beiden Vorredner ausgeführt haben, nur zustimmen. Ich bin nicht zuständig für die Evaluierung, habe wenig Einblick in die Evaluierung der naturwissenschaftlichen Institute, kenne mich aber sehr gut aus im Berliner Raum, was die gesellschaftswissenschaftlichen Institute anbetrifft, insbesondere die Institute für Geschichte der Akademie der Wissenschaften und deren Überführung an die Humboldt-Universität und außeruniversitäre Einrichtungen. Ich möchte Herrn Prof. Ritter nicht vorgreifen, was die Evaluierung an der Humboldt-Universität betrifft, und hier nur ausdrücklich betonen, daß diese Evaluierung, die unter Leitung von Herrn Ritter in einer Struktur- und Berufungskommission durchgeführt worden ist, beispielgebend war für viele Universitäten und Hochschulen in den östlichen Bundesländern. Und wenn diese Struktur- und Berufungskommission nur ihren Auftrag hätte erfüllen können, wie sie ihn selbst formuliert hat, nämlich nicht allein Professorenstellen neu zu besetzen, sondern auch den Mittelbau zu evaluieren....! Da bin ich eben im Gegensatz zu meinen Vorrednern – das mag fachspezifisch sein – ganz anderer Meinung. Ich sehe genauso die Schwierigkeiten in der Leistungsfähigkeit des Mittelbaus, insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, und es war, nachdem die Struktur- und Berufungskommission ihre Tätigkeit an der Humboldt-Universität eingestellt hatte, so, daß eine Unmasse von „Mittelbau-lern“ dort tätig war, die mehr oder weniger qualifiziert waren. Dazu kommen noch die Leute im schon von Herrn Neidhardt erwähnten WIP/HEP-Programm, dem Wissenschaftler-Integrations-Programm/Hochschulernerungs-Programm.

Grundsätzlich möchte ich aber erst einmal feststellen: Es wurden nicht die Hochschulen evaluiert, es wurde eine gesamte Gesellschaft evaluiert. Wenn Sie einem Textilarbeiter in Crimmitschau oder einem Textilarbeiter in Neugersdorf das erzählen, wie umgegangen worden ist an der Potsdamer Universität, wie es hier Herr Görtemaker dargestellt hat, dann werden Sie merken, was für idyllische Zustände bei dieser Evaluierung im Gegensatz zur Lage der Mehrheit der Bevölkerung geherrscht haben. Ein Arbeiter im Textilwerk konnte sich nicht auf irgend etwas berufen, sondern er mußte von heute auf morgen gehen. Und was hier teilweise abgelaufen ist, mit welchen Vorzügen diese Evaluierung für diesen gesamten Wissenschaftlerstand durchgeführt worden ist, das ist schon ausgesprochen bemerkenswert, und das ist meines Erachtens einmal festzuhal-

ten. (Beifall unter den Zuhörern) Hinzu kommt, daß doch ganz unbestritten beispielsweise die gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen im gesamten Land völlig überproportional besetzt waren im Vergleich zu anderen Institutionen. Die Professuren – wenn Sie diese Zahlen hören! Allein in Potsdam-Eiche – Sie werden mich vielleicht berichtigen, Herr Görtemaker – 80 Professuren, das ist doch unmöglich! Fragen Sie doch mal Herrn Ritter in München, wieviele Professuren es an der Maximilian-Universität gibt! Das sind doch alles Zustände, da kann man doch nicht von Personalabbau und so sprechen. Da geht es einfach darum: Wollte man hier ein Sozialprogramm auflegen für mehr oder weniger gescheiterte Hochschullehrer, oder wollte man hier Wissenschaft betreiben? (Beifall unter den Zuhörern)

Eine funktionsfähige Wissenschaftslandschaft zu schaffen – das war nach meinem Eindruck erst einmal die wichtigste Aufgabe. Und was nach meiner Meinung hier überhaupt noch nicht angeklungen und zusätzlich ein ganz entscheidender Punkt gewesen ist, auch für die Evaluierungskommission und für die Struktur- und Berufungskommission: Das Wettmachen der Benachteiligungen von Leuten, die bisher gescheitert sind. Wenn Sie beispielsweise in diesem Lande gelebt haben – irgendwie konnten Sie gebrochen werden, ob im Abitur, ob an der Universität. Diese Leute, über die wird überhaupt nicht gesprochen, die hatten doch in diesem ganzen Prozeß überhaupt keine Chance, das heißt, man hat hier ein wissenschaftliches Potential verschenkt, wo die intellektuellen Gegebenheiten – ich drücke es vorsichtig aus – wenigstens so gut waren wie bei mindestens 50 Prozent der akademisch Ausgebildeten. Das kann man zumindest für den gesellschaftswissenschaftlichen Bereich hier klar und deutlich aussprechen. Schauen Sie doch die Dissertationen an, die nach der Wende hier anerkannt worden sind! Ich kann Ihnen Beispiele nennen. Was denken Sie denn, warum in der Universitätsbibliothek im ersten Halbjahr 1990 3.000 Dissertationen gestohlen worden sind? Aus dem einfachen Grund, weil es Belegexemplare waren und weil das akademische Grade sind, die einfach null und nichtig waren.

Und damit komme ich zu einem nächsten Punkt. Hier ist gesagt worden, es seien den Universitäten Räder und Motor geraubt worden. Ich würde also wirklich empfehlen, mal die Abgaswerte zu messen, die diese Räder, diese Kolben, diese Motoren produziert haben.

Insbesondere in den Gesellschaftswissenschaften ist, glaube ich schon, die Evaluierung – was die Akademie der Wissenschaften, was die beiden Institute betrifft – wirklich mit äußerster Akkuratess, mit äußerster Vorsicht vorgenommen worden. Das Problem war eigentlich dieses Wissenschaftler-Integrations-Programm. Da wurde sozusagen mit der Gießkanne – hier wurde ja auch die Zahl genannt – soundsovielen Geld in die Hand gedrückt für fünf Jahre –, und dann „macht was draus“. Ich persönlich bin genauso betroffen, und für mich ist auch die Zeit zu Ende im September 1996. Aber der Punkt ist einfach für mich – ich kann mich nicht für eine Weiterführung so eines Programms

einsetzen, weil ich mich dann mit Leuten solidarisieren muß, die in derselben Zeit wirklich nichts vorgelegt haben (Beifall unter den Zuhörern), Lehrveranstaltungen von mangelnder Qualität geboten haben, die in keinsten Weise rechtfertigen, daß dieses Programm weitergeführt wird. Es hätte viel viel früher leistungsgerecht vorgegangen werden müssen – und das ist eben wieder ein gesamtdeutsches Problem, daß hier eine Durchschnittlichkeit in der Wissenschaft schon vor 1989, wie das ja aus vielen Studien auch aus den bundesdeutschen Universitäten teilweise deutlich wird, in Deutschland Einzug gehalten hat, die endlich beseitigt werden muß. Es muß endlich wieder Leistung zählen. Und gerade nach 1989 hätte nicht etwa ein sozialverträgliches Programm für diese Wasserköpfe von Wissenschaftlern in der DDR geschaffen werden müssen, sondern es hätte nach Leistungskriterien gehen, Evaluierung der Universitäten nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Westdeutschland hätte stattfinden müssen. Aber, wie gesagt, das ist ein anderes Problem. Das Problem, das hier zur Debatte steht, ist, daß dieses Wissenschaftler-Integrations-Programm, um es knallhart zu sagen, rausgeschmissenes Geld war. Bei den jetzt leeren Kassen wird die Mehrzahl keine Beschäftigung finden. Es sind darunter sicherlich auch im Einzelfall gut Qualifizierte – es ist immer, das betone ich ausdrücklich, der Einzelfall zu prüfen –, auch die werden keine Beschäftigung finden.

Das zweite ist die Drittmittelförderung. Hier sind die Probleme überhaupt noch nicht aufgezeigt worden. Wenn Sie heutzutage ein Drittmittelprojekt als bundesdeutscher Wissenschaftler machen, als Professor an einer bundesdeutschen Universität, dann ist es sehr günstig, wenn man sich in dieses Projekt einen Ostdeutschen nimmt. Und wen nimmt man sich? Natürlich keinen Unbequemen, der möglichst noch neue Thesen bringt und vielleicht irgendwo etwas anders machen will, sondern man nimmt sich einen alten Funktionierenden, der genau dieses Ethos nicht hat. Und deshalb ist auch sehr wichtig das, was Herr Gutzeit hier angesprochen hat – man muß sich doch mal fragen, wer hier eigentlich evaluiert worden ist, ob das wirklich Wissenschaftler waren, die eigentlich ein kritisches Bewußtsein entwickeln konnten. Also in der Gesellschaftswissenschaft, würde ich sagen, ist das doch alles nachzulesen. Es ist auch deutlich ablesbar an der Produktion nach 1989. Jedem haben die Veröffentlichungsorgane offengestanden. Und schauen Sie sich an, was bei der Unzahl von Gesellschaftswissenschaftlern letztlich herausgekommen ist!

Ich glaube, daß aber trotz dieser Negativbilanz – wenn man so will, auch im gesamtdeutschen Rahmen, das möchte ich ausdrücklich betonen – doch durch die Evaluierung der Universitäten natürlich eine deutliche Verbesserung der wissenschaftlichen Situation an den Hochschulen in den neuen Bundesländern erreicht worden ist. Was nicht erreicht wurde, ist – und da hätten die Hochschulen Motor sein müssen –, daß die Hochschulen ein Motor waren bei der Konstituierung einer politischen Kultur. Herr Anweiler hat in seinem Vortrag zu Recht darauf hingewiesen, daß Erfahrung das Entscheidende bei der Herausbildung des von Herrn Florath völlig richtig prognostizierten Citoyen ist,

der einfach geschaffen werden muß. Und die Erfahrung kann nur durch eine ausgebaute politische Kultur entstehen, wie sie in jedem westlichen Land, in jeder westlichen Hochschulstadt besteht. Gehen Sie doch mal nach Dresden, da werden Sie von der Hochschule relativ wenig merken. Die Hochschulen üben überhaupt keinen Einfluß nach außen aus, und das liegt vor allen Dingen auch daran, daß die Evaluierung meines Erachtens an diesen Hochschulen nicht konsequent erfolgt ist. Und wenn Sie hören, wie Herr Görtemaker ausgeführt hat, daß 599 „Mittelbau-ler“ von 600 weiterbeschäftigt werden, da können Sie sich ungefähr die mögliche wissenschaftliche Wirkung, die intellektuelle Wirkung auf das Umfeld von Potsdam ausrechnen. (Beifall und Heiterkeit unter den Zuhörern)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön, Herr Mitter. Herr Kollege Ritter, darf ich Sie dann um Ihr Statement bitten?

Prof. Dr. Gerhard A. Ritter: Mein Statement beruht auf meiner Tätigkeit als Planungsbeauftragter und Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission Geschichte der Humboldt-Universität von Februar 1991 bis Mitte August 1992; es ist also gleichsam eine case study in diesem Bereich der Erneuerung.

Die von mir geleitete Kommission setzte sich aus insgesamt drei Professoren aus den alten Bundesländern sowie fünf von der Humboldt-Universität gewählten Mitgliedern – drei Hochschullehrer, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin und ein Student, der auch Mitglied dieser Kommission ist – zusammen. Die Evaluierung der Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Sektion der Universität zählte, das möchte ich ausdrücklich sagen, zunächst nicht zu unseren Aufgaben. Diese beschränkten sich vielmehr anfangs auf den Neuaufbau der Sektion Geschichte, die, wie fünf andere ideologisch und politisch besonders belastete Fächer, unter Auslaufen sämtlicher Anstellungsverträge zum 30.9.1991 „abgewickelt“ werden sollte. Neuaufbau bedeutete die Erarbeitung von Strukturplänen für die Geschichte und die in der Sektion ebenfalls vertretenen Gebiete der Ur- und Frühgeschichte sowie der Volkskunde/Ethnologie, die Neuberufung von Professoren aufgrund ausgearbeiteter Berufungslisten, die Ausschreibung von Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter sowie die Beratung und Verabschiedung von neuen Lehrplänen und Prüfungsordnungen.

Der Neuaufbau beruhte dabei auf der in Berlin gegen starke Widerstände – das ist ganz vergessen worden – getroffenen grundsätzlichen Entscheidung, die Humboldt-Universität als selbständige Einheit der Forschung und Lehre aufrecht zu erhalten. Ich darf vielleicht sagen, daß ich mich für diese Entscheidung damals massiv eingesetzt und zu meiner großen Freude darin die sehr starke Unterstützung des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker erhalten habe. Wir gingen bei unserer Arbeit von der Erwägung aus, daß möglichst viele besonders qualifizierte Mitarbeiter der großen historischen Institute der aufgelösten Akademie der Wissenschaften in die Universität übernommen werden sollten und daß Berlin als zukünftiger Regierungssitz und voraussicht-

licher Brennpunkt geistiger Auseinandersetzungen zwischen Ost und West auch im Osten der Stadt eine nach internationalem Maßstab führende Universität erhalten sollte. Dabei konnte im Fach Geschichte an die große Tradition der Berliner Geschichtswissenschaft seit Ranke und Mommsen angeknüpft werden.

Dieser Anspruch auf Schaffung eines qualitativ besonders ausgezeichneten Instituts kam im Profil der Strukturpläne, die u. a. neue Methoden der Sozialgeschichte, die Integration der Wissenschaftsgeschichte und der europäischen und außereuropäischen Geschichte sowie die besondere Betonung der Geschichte der DDR vorsahen, in dem internationalen Renommee der meisten der neu berufenen Professoren, durchaus auch welche aus dem Ausland, und in der Entwicklung neuer Formen der akademischen Lehre zum Ausdruck. Es handelte sich, das möchte ich hier für diesen konkreten Fall sagen, bewußt nicht um eine bloße Kopie westdeutscher Vorbilder, sondern um den Versuch, den neuesten internationalen Entwicklungen auf dem Gebiet der Lehre und Forschung in der Geschichtswissenschaft – und nur von dieser kann ich sprechen – Rechnung zu tragen.

Ich darf aus meinem Strukturplan zitieren, den ich dem Senator am 19. März, drei Wochen nach dem Beginn meiner Tätigkeit, übergeben habe – 17 Seiten mit einem sechseitigen Begleitbrief: „Als der preußische Staat nach den Niederlagen gegen Napoleon am Anfang des 19. Jahrhunderts in einer schweren Krise und einer extremen finanziellen Notlage war, hat er durch die großzügige Unterstützung der Wissenschaften die Neubelebung und Integration des Staates zu fördern versucht. Ein Ergebnis dieser Politik war die Gründung der Friedrich-Wilhelms-Universität, die für etwa ein Jahrhundert die wohl führende Universität in der Welt war. Daran hatte auch das Historische Seminar, in dem mit Leopold von Ranke und Theodor Mommsen und später mit Friedrich Meinecke und Otto Hintze die wohl bedeutendsten Historiker Deutschlands tätig waren, einen entscheidenden Anteil. Die Neugründung der Geschichte an der Humboldt-Universität hat nur dann einen tieferen Sinn, wenn sie, was immer das Ergebnis unserer Bemühungen sein wird, nicht von vornherein das Ziel zu niedrig steckt, sondern sich dieser meines Erachtens verpflichtenden Tradition bewußt weiß.“ Ich glaube – da kann man natürlich auch anderer Meinung sein –, daß das insgesamt – keineswegs in jedem Einzelbereich – gelungen ist. Die Humboldt-Universität hat heute eines der nicht nur national, sondern auch international führenden Institute der Geschichtswissenschaft. Es spielt in der champions league und zwar nicht nur in Europa, sondern in der Welt. Das zu der Frage, ob wir immer nur sozusagen schlechte Vorbilder schlecht kopiert haben. Das gilt sicher nicht generell.

Die Evaluierung der vorhandenen Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter trat erst später als weitere Aufgabe der Kommission hinzu, als bekanntlich das Berliner Oberverwaltungsgericht in zweiter Instanz entschied, daß die sogenannte „Abwicklung“ rechtswidrig sei. Unsere Kommission hat

mit vielen schweren inneren Bedenken, vor allem der Ost-Mitglieder oder einiger von ihnen, was ich gut verstehen kann, diese Aufgabe schließlich übernommen. Ich nehme an, daß viele die Mitgliedschaft in der Kommission nicht übernommen hätten, wenn das von vornherein klar gewesen wäre. Unsere Arbeit war mit einer mühseligen Prüfung der veröffentlichten und unveröffentlichten Schriften aller Betroffenen sowie eingehenden Gesprächen über deren wissenschaftliche Arbeit und ihre zukünftigen Forschungspläne verbunden. Ich habe – jetzt mal nachgerechnet – damals etwa 16.000 bis 17.000 Seiten unveröffentlichter Schriften – Habilitationen, Dissertationen – gelesen, und ich nehme an, daß das auch für eine Reihe meiner Kollegen in ungefähr der gleichen Größenordnung zutrifft. 2.400 Stunden etwa waren insgesamt in diesen 18 Monaten mit dieser Arbeit, wenn man das Lesen einbezieht, verbunden. Die Kriterien für eine Empfehlung der Weiterbeschäftigung bzw. der Kündigung waren dabei erstens wissenschaftliche Qualifikation – das entscheidende Kriterium –, zweitens Bedarf und drittens persönliche Eignung. In keinem Fall war etwa die Verwendung marxistischer Methoden und Interpretationsansätze ein Grund für eine Kündigung.

Die weit überwiegende Zahl der Kündigungsempfehlungen erfolgte wegen mangelnden Bedarfs und – das möchte ich auch hinzufügen – aufgrund der außerordentlichen Enge des von vielen Betroffenen vertretenen Lehr- und Forschungsgebiets (das hängt mit anderen wissenschaftlichen Traditionen zusammen) sowie aufgrund ungenügender wissenschaftlicher Qualifikation. Mangelnde persönliche Eignung, die relativ selten als Kündigungsgrund geltend gemacht wurde, betraf u. a. Personen, die nach eigener Aussage mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammengearbeitet hatten oder besonders aktiv – das gilt gerade für die Geschichte an der Humboldt-Universität – an der politischen Verfolgung von Studenten beteiligt waren.

Insgesamt wurden von den 22 Professoren und Dozenten des Instituts 11 zur Weiterbeschäftigung empfohlen. Für diese – soweit sie nicht später aufgrund von Auskünften der Gauck-Behörde oder aus anderen politischen Gründen gekündigt wurden – wurden Stellen, meist allerdings im Mittelbau der Universität, gefunden.

Von den im März 1991 noch 31 unbefristet und drei befristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeitern wurde eine im Fach sehr angesehene Dozentin in eine unbefristete Funktionsstelle zur Betreuung der Bibliothek übernommen. Von den übrigen 33 sollten nach unseren Empfehlungen 21 befristete Assistentenstellen – zum Teil allerdings sehr kurzfristig befristet – erhalten. Das bedeutete die Übernahme der westdeutschen Praxis, über die man so oder so urteilen kann, in der mit wenigen Ausnahmen in den Geisteswissenschaften wissenschaftliche Mitarbeiterstellen immer befristet sind. Das entscheidende Kriterium für die Weiterbeschäftigung im akademischen Mittelbau war dabei, daß wir die Chance einer Habilitation als gegeben ansahen.

Wir haben uns weiter stark dafür eingesetzt, daß die neu berufenen Professoren auf die positiv evaluierten wissenschaftlichen Mitarbeiter zugehen und daß sie bei der Vorbereitung einer Habilitation, u. a. auch durch Unterstützung von Anträgen auf Habilitationsstipendien bei der DFG, helfen. Gleichzeitig haben wir erwartet, daß die wissenschaftlichen Mitarbeiter von sich aus den Kontakt zu den neuen Professoren suchen. Über den Stiffterverband ist es mir weiter gelungen, Mittel für sogenannte Orientierungsstipendien im Ausland für Nachwuchswissenschaftler der Humboldt-Universität oder der Akademie zu erhalten. Diese wurden von den historischen Auslandsinstituten in Rom, Paris, London und Washington und vor allem auch besonders großzügig vom St. Antony's College in Oxford, wo ja Lord Dahrendorf jetzt Warden ist, zur Verfügung gestellt. Diese Orientierungsstipendien sollten den jungen Wissenschaftlern die Möglichkeit geben, sich möglichst schnell mit dem internationalen Forschungsstand vertraut zu machen und Kontakte im Ausland zu knüpfen.

Enttäuscht waren wir, das muß ich sehr deutlich sagen, über den außerordentlich starken passiven Widerstand in der Universität gegen die Aufnahme von Mitarbeitern der Akademie der Wissenschaften, die offenbar nicht, wie wir vielleicht naiv gehofft hatten, als Bereicherung, sofern sie gut waren, sondern vielfach als unliebsame Konkurrenten aufgefaßt wurden. Auch glaube ich, daß bei der Förderung der Habilitation von ostdeutschen Wissenschaftlern im Bereich der Geschichte sehr viel mehr hätte geschehen können als geschehen ist. Ich bedaure das außerordentlich, spreche immer wieder mit Kollegen und versuche, es zu korrigieren, aber natürlich nur mit sehr begrenztem Erfolg.

Insgesamt bin ich der Meinung, daß die grundlegende Erneuerung der ostdeutschen Universitäten notwendig war, um aus ihnen lebendige, international wettbewerbsfähige Stätten der Lehre und Forschung zu machen, und daß dieser Neuaufbau aus eigener Kraft, wie das faktische Scheitern aller Erneuerungsversuche bis zum Februar 1991 zeigt, nicht zu erreichen war. Bei der Erneuerung der Humboldt-Universität hat sich, auch das möchte ich betonen, die enge sachliche Zusammenarbeit von Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten aus den alten und neuen Bundesländern, jedenfalls in der von mir geleiteten Kommission, außerordentlich gut bewährt. Ich kann mich nicht an eine einzige Entscheidung in diesen 1 1/2 Jahren erinnern – wir haben sicher etwa 22 bis 23 meist mehrtägige Sitzungen abgehalten –, an der gewissermaßen die Frontlinie bei Abstimmungen zwischen Mitgliedern aus dem Osten und dem Westen verlief. Ich glaube, unser Beispiel zeigt, daß auch in anderen Bereichen die so oft zitierte Mauer in den Köpfen zwischen Ost und West besser überwunden worden wäre, wenn man statt übereinander mehr miteinander gesprochen und noch besser miteinander gearbeitet hätte. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Vielleicht ist mit den letzten Worten von Herrn Ritter ja schon ein Blick in die Zukunft eröffnet. Ich habe bisher fünf Wortmeldungen vorliegen: Herr Jacobsen, Herr Burrichter, Herr Huber, Herr Kowalczuk und Herr Braune. Herr Jacobsen, bitte.